



Suchen, tasten, stochern

Der Protest gegen rechte Populisten ist vielfältig und kreativ. An Ideen fehlt es den Aktivisten nicht. Eine flächendeckende Bewegung ist daraus bisher trotzdem nicht geworden

TEXT Marc Winkelmann FOTOS Poike Stomps

Leila sagt, dass sie die Demokratie „auf die Couch legen“ will. Um sie „tiefenpsychologisch zu untersuchen“, wie einen Menschen. Ihr Forschungsprojekt sei bereits bewilligt, es beginnt im Frühjahr, und bis zur Wahl im Herbst würden die Ergebnisse vorliegen.

Esra dagegen möchte „abfeiern, was wir bereits haben“, mit möglichst vielen Menschen. Damit sich „die unentschiedenen 20 Prozent“ in der Bevölkerung von der Begeisterung anstecken lassen.

Und Ole schlägt vor, häufiger mit Fremden zu sprechen. „Talk to a Stranger!“, ruft er. „Das ist schwer, müssen wir aber wieder machen.“

Keine Frage: An Ideen mangelt es nicht an diesem Abend in der Prinzenallee 74 im Berliner Wedding. Aber welche ist die richtige?

Es bewegt sich etwas im Superwahljahr 2017. In Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und weiteren EU-Staaten stehen in den kommenden Monaten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an, und damit die Rechtspopulisten nicht noch stärker werden, leisten immer mehr Menschen Widerstand. Sie fühlen sich herausgefordert und wollen die Frage, wie und wo sie künftig leben und arbeiten, nicht Menschen

überlassen, deren Wahlprogramm darin besteht, die Fünfzigerjahre neu aufzulegen.

Also gehen sie auf die Straße. Sie führen Aktionen mit Passanten durch oder demonstrieren. Sie veranstalten Barcamps, die „Save the Democracy“ heißen, gründen Facebook-Gruppen gegen „Hate Speech“ (#ichbinhier) und trommeln digitale Flashmobs zusammen, damit möglichst viele Menschen gemeinsam sachliche Argumente in überhitzte Debatten einbringen („Action Day for a better Internet“). Oder sie treffen sich, um mal wieder über Politik zu diskutieren.

Organisator Daniel Kruse hatte mit 20 Teilnehmern gerechnet. Jetzt sind etwa 40 da. Sie drängeln sich in seinem Büro, einem ehemaligen Ladenlokal mit Backsteinwänden und Kühlschrank, aus dem man sich, gegen Spende, ein lokal gebräutes Bier nehmen kann. Kruse, groß, schlank, blonde Haare, ist konstruktiver Aktivist. Er will, so steht es auf seiner Seite, „die resiliente Gesellschaft von Morgen gestalten“ und „Reallabore“ entwickeln. Unterkünfte für Geflüchtete etwa, die mehr sind als Aufbewahrungseinrichtungen. Dafür hat er bereits bekannte Firmen als Partner gewonnen. Heute geht es ihm aber um etwas anderes. Seine Frage lautet: „Wie werden wir eine Bewegung?“

Erklären muss Daniel Kruse das Motto nicht. Brexit, Trump, AfD, Europa – die Schlagworte stehen unausgesprochen im Raum. Sie einen die Teilnehmer, deswegen sind sie gekommen. Zumal sich fast jeder hier bereits engagiert oder das Politische zum Beruf gemacht hat – bei den Grünen, beim WWF oder bei der Kampagnenplattform Change.org. Das reicht ihnen aber nicht. Sie wollen die Aktivitäten verbinden, damit sie mehr Kraft entwickeln. Aber lässt sich eine Bewegung planen? Und wenn ja: Was genau ist das Ziel? Die Teilnehmer sind sich uneins. „Die Rechten haben sich in den vergangenen Jahren gezielt strategisch aufgestellt, die haben ein klares Feindbild“, wirft eine Frau ein. „Was haben wir?“

Es war schon immer schwerer, für etwas zu sein als gegen etwas. Heute gilt das aber noch mehr als je zuvor. Die Globalisierung und die Digitalisierung haben die Vielfalt der Meinungen, Strömungen und Ideen sichtbar gemacht und verstärkt. Der Vorteil liegt auf der Hand: Jeder Einzelne kann sich jetzt viel gezielter Menschen anschließen, die die gleichen Ansichten und Vorlieben teilen. Der Nachteil: Jede Gruppe repräsentiert einen kleineren Ausschnitt der Bevölkerung als zuvor. Gesellschaftliches Engagement zerfasert. Der Zusammenhalt schwindet. Gemeinsame Ziele müssen neu definiert werden.

Die Formen der künftigen Partizipation auch. Der „Economist“ hat kürzlich vorgerechnet, dass die Wahlbeteiligung in westlichen Nationen vor allem unter den jungen Menschen rapide sinkt. Dass sie besser ausgebildet sind als die Generationen vor ihnen, ändert nichts. Der Haken: Ziehen sich die Jungen noch weiter zurück, wenden sich Politiker noch stärker den Alten zu – deren Einfluss aufgrund der demographischen Entwicklung ohnehin wächst. Ein Teufelskreis.

Folgt man Yascha Mounk, sind die Aussichten noch düsterer. Der Deutsche, der in Harvard lehrt, hat eine Art Demokratie-Check entwickelt, um die Vitalfunktionen von Staaten überprüfen zu können. Eins seiner Ergebnisse veröffentlichte er Anfang des Jahres in einem viel beachteten Artikel im renommierten „Journal of Democracy“. Demnach betrachten vor allem junge Menschen im Westen die Demokratie zunehmend als nicht erstrebenswert. Sie erkennen darin keine wesentliche Errungenschaft mehr. „Die Warnsignale stehen auf rot“, sagt Mounk, selbst erst 34.

Dass sich die Millennials, die nach 1980 geboren wurden, von den etablierten Parteien abwenden, zu diesem Ergebnis kommt auch Ulrike Guerót, Politikwissenschaftlerin und leidenschaftliche Europa-Verfechterin. In ihrer im vergangenen Jahr veröffentlichten Utopie „Warum Europa eine Republik werden muss“ konstatiert sie, dass EU-Europa „nicht nur die Bürger verloren“ habe, sondern, noch schlimmer, „es hat auch

seinen Nachwuchs verloren“. Anders als Mounk sieht Guerót aber weniger Desinteresse, sondern einen Aufbruch. Die Jugend mache zwar „den Exit“, wende sich von Brüssel ab. Stattdessen schaffe sie aber Alternativen, verbinde sich über die Grenzen hinweg, forme neue Netzwerke wie „Youth in Action Lab“, „Civocracy“, „Europeers“, „European Democracy Lab“ oder „We move EU“, die von Leuten initiiert wurden, die lieber „Couchsurfing machen, anstatt auf den BMW zu sparen“. Unpolitisch? Mitnichten.

An dem Abend im Wedding in Berlin sind ein paar dieser Engagierten dabei. Einer ist Alexander Wragge. Vor fünf Jahren hat er die Debattenplattform „Publixphere“ mitgegründet, um „neue Räume“ für mehr Partizipation zu schaffen. „Tausende“ solcher Diskussionen seien zustande gekommen, online wie offline, „politische Kneipenabende“ ebenso wie Veranstaltungen, die „Europa ärger‘ Dich nicht“ hießen.

Seit letztem Sommer arbeitet Wragge, der BWL und Neue Deutsche Literatur studiert und einige Jahre als Journalist gearbeitet hat, bei der „Offenen Gesellschaft“. Die bundesweite Initiative will Menschen ermutigen, sich für eine plurale und liberale Gesellschaft einzusetzen. Dazu kann jeder Veranstaltungen organisieren, über die Plattform des Vereins bekannt machen und, zum Teil, eine finanzielle Förderung erhalten. „So wie Publixphere, nur in groß“, sagt Wragge, und wenn er erzählt, was deutschlandweit inzwischen alles auf die Beine gestellt wird, hört man schnell seine Begeisterung durch. Sicher, zuerst hätten sich wie immer nur die ohnehin schon Engagierten beteiligt. Die, die Greenpeace unterstützen. Aber: „Nach und nach kommen auch Menschen dazu, die nur ein diffuses Gefühl in sich tragen und dankbar sind für unsere Angebote – denn sie wüssten sonst nicht, wie sie sich gegen Rechtspopulisten wehren könnten.“

Reden hilft. Aber reicht das? Alexander Wragge sagt, über die Jahre habe er gelernt, welcher Wert darin stecke, dass sich die Menschen wieder austauschen, persönlich, von Angesicht zu Angesicht, im Park etwa. „Live-und-in-Farbe-Debatten-Bewegung“ nennt er das. Für ihn hat sich da eine „Alternative zur Talkshow-Republik“ entwickelt. Und anders als im Fernsehen würden sich die Menschen hier auf die Argumente des Gegenübers einlassen.

Ein paar Tage nach dem Treffen in der Prinzenallee mailt Daniel Kruse, der Initiator, eine Zusammenfassung an alle. Weitergehen soll es unbedingt, und deshalb hat er ein Google-Dokument hochgeladen. Inhalt: noch mehr Initiativen, noch mehr Barcamps, noch mehr Gruppen für „Menschen mit einer Schwäche für Europa“. Ob da die zündende Idee dabei ist? Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Aber das bekommt man erst raus, wenn man es ausprobiert hat.